Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 25 (2018)
Heft: 276

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Perspektiven

Wien-Erkenntnisse
Hashtag-Feminismus
Berthas* Freuden
Europas Kräche

Rappi, mach dich auf etwas gefasst!

TEXT UND BILDER: MAX ALTHERR

Nach 23 Jahren in der Stadt St.Gallen wagte ich einen grossen Schritt. Studium in Rapperswil. Raumplanung, um genau zu sein. Leben am äussersten Zipfel des Kantons. Eine tolle Sache. Dann der Schock. Auslandsemester in Wien. Von 75'000 über 25'000 zu 2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

In Rapperswil lernte ich viel. In Wien lernte ich, das Gelernte zu hinterfragen. Eine unbequeme Erfahrung, wenn bis anhin adäquate Lösungen für raumplanerische Probleme auf einmal gar nicht mehr so überzeugend sind. Den Horizont zu erweitern ist nicht so leicht. Anstelle einer möglichen Antwort sind auf einmal mehrere möglich. Entscheidungen sind gefragt. Das ist neu.

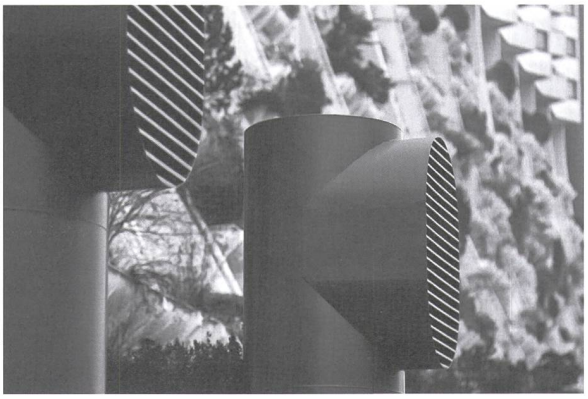
Während in Rapperswil an der Hochschule für Technik (HSR) das Ausarbeiten von Plänen als Planung gilt, wird in Wien an der Technischen Universität alles viel weniger technisch verstanden. Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Vordergrund. Soziologie, Politik und Kommunikation sind dabei essenzielle Bestandteile. Harry Glück mit Alt Erlaa, das Rote Wien mit dem Karl-Marx-Hof und homosexuelle Ampel-Pärchen machten und machen es vor. Hier wird von Bürger*innen-Beteiligung gesprochen. Und zwar schon lange, bevor in St.Gallen am Bahnhof Nord und am Marktplatz Partizipationsverfahren durchgeführt wurden. Und dann ist das Wort Bürger*innen-Beteiligung auch noch so merkwürdig gegendert. Der Mensch steht aber nicht nur in der Planung im Vordergrund. Auch Studierende haben in Wien mehr Rechte. Kaffeemaschinen in Arbeitsräumen und ein Mitspracherecht bei Studienplanänderungen waren mir bis anhin fremd. Verrückt?

Je länger ich in Wien bin, desto weniger weiss ich. Und auch, dass diese Erkenntnis nicht wirklich neu ist. Anstelle von 30 bis 40 sogenannter ECTS-Punkte pro Semester mache ich hier nur 20 (Das Bologna-System definiert einen ECTS-Punkt mit ungefähr 30 Stunden Zeitaufwand). Hier studiert kaum jemand in Regelstudienzeit, wie es in Rapperswil alle machen. Endlich habe ich Zeit, das Gelernte zu verarbeiten und zu reflektieren. Die freie Zeit wird mit Vorträgen, Museumsbesuchen, Podiumsdiskussionen, Demonstrieren und Feiern gefüllt. Dafür bleibt kein Raum, wenn du von morgens um 8 Uhr bis abends um 22 Uhr an der HSR bist. Dadurch geht aber leider viel Potenzial in der Lehre verloren. In Rapperswil hatte ich kaum Zeit, mir durch selbständiges Studieren eine eigene Meinung zu raumplanerischen Themen zu bilden. Aufgabenstellungen wurden analysiert, Probleme definiert, anerkannte Lösungen angewandt und sauber mit Plan und Präsentation vorgestellt. Mir ist bewusst, dass diese Unterschiede auf die Schulsysteme (Hochschule vs. Universität) zurückzuführen sind.

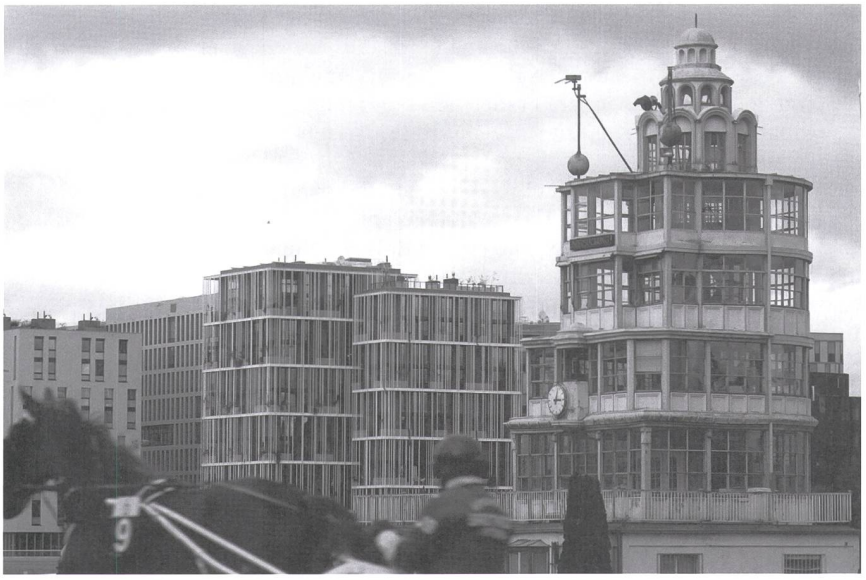
Und doch stellt sich mir die Frage: Können Raumplanung und Städtebau so funktionieren? Für städtebauliche Fragen gibt es keinen Antworten-Katalog. Das haben wir gerade am Bahnhof Nord in St.Gallen gesehen. Das Raumplanungsgesetz gibt es schon. Sobald dann auch alle begriffen haben, dass mit «Raum»-Planung nicht Innenarchitektur gemeint ist, können wir auch in der Schweiz so richtig loslegen. Das ist nötig, um die auf Bundesebene verankerten Ziele der Raumplanung endlich adäquat umsetzen zu können.

Mit mir zusammen studieren noch 100 andere junge Menschen Raumplanung an der HSR. 54 davon sind Anfang Februar nach Wien gekommen. In Kooperation der beiden Fachschaften der TU Wien und der HSR wurde eine dreitägige Exkursion auf die Beine gestellt. Wir haben gemeinsam erkundet, gelernt, gefeiert und diskutiert. Rappi, mach dich auf etwas gefasst! Da kehren 54 bekehrte Raumplaner*innen zurück, um die Welt zu verbessern und die Schweiz zu verändern. Irgendwann. Nach der Regelstudienzeit.

Max Altherr, 1992, war für ein Semester in Wien. Seit Mitte Februar ist er zurück in St.Gallen.



NNER DANCE



«Trickle-Down-Ideen sind das Schmiermittel der Fortschrittsideologie»

Franziska Schutzbach über MeToo und Feminismus im Netz, antifeministische Delegitimierungsstrategien und den Zusammenhang von kapitalistischen Ausbeutungs- und Geschlechterverhältnissen.

INTERVIEW: CORINNE RIEDENER

Saiten: Am Internationalen Frauentag sprichst du in St.Gallen über den sogenannten Hashtagfeminismus und die MeToo-Debatte. Warum dieses Thema?

Franziska Schutzbach: Weil es aktuell ist und Potenzial hat. MeToo beschäftigt uns nun schon seit bald einem halben Jahr. Es ist eine Zäsur, dass Frauen derart lange eine Debatte prägen.

Sind es denn wirklich die Frauen? Ich habe den Eindruck, die Debatte wird auch zu einem guten Teil von «wütenden Männern» am Laufen gehalten?

Sie wird von mehreren Akteuren getragen, das stimmt. Und das muss man auch auseinanderhalten: Was ist mediale Aufarbeitung, was Boulevardisierung. Trotzdem wurde die Debatte im Grundsatz von Frauen ausgelöst und auch von ihnen weitergesponnen, auch von kritischen Frauen wie etwa Catherine Deneuve, die ja mit MeToo sehr hart ins Gericht ging. Ich finde es beachtlich, dass sexualisierte Gewalt und Übergriffe nun schon so lange Thema in den Mainstreammedien sind. Und sich dadurch auch eine grundlegende Sexismus-Debatte entwickelt hat, in der es darum geht, zu benennen, dass Frauen in unserer Gesellschaft prinzipiell immer noch als zweitrangig gelten. Meine These: MeToo hat den Feminismus wieder salonfähig gemacht.

Es gibt aber auch Fragezeichen. Beispielsweise die Tatsache, dass es vor allem gut situierte, erfolgreiche und tendenziell unabhängige Frauen sind, die sich mit dem Hashtag MeToo wehren.

Natürlich muss man das Ganze kritisch hinterfragen: Welche Themen kann ein Hashtag fassbar machen, welche nicht? Wer kommt zu Wort? Um welche Belange geht es? Inwiefern können es sich Frauen in nicht privilegierten Positionen überhaut erlauben, «me too» zu sagen und jemanden öffentlich anzuklagen? Einige Kritikpunkte am sogenannten Hollywood-Feminismus kann ich nachvollziehen, aber es wäre falsch, privilegierte Frauen pauschal anzuklagen. Denn das ist es ja gerade: auch privilegierte Frauen erfahren Übergriffe und Herabwürdigung. Gerade weil sie privilegiert sind, können sie es sich eher leisten, den Finger auf die Wunde zu legen – im Gegenteil zur Putzfrau, die dabei ihren Job riskiert. Dank MeToo sind heute wieder Dinge sagbar, die es lange nicht waren.

Wäre die MeToo-Debatte im deutschsprachigen Raum anders verlaufen ohne den von Anne Wizorek initiierten #Aufschrei, der 2013 durchs Netz ging?

Schwer zu sagen. Der Slogan MeToo wurde schon vor 12 Jahren von der afro-amerikanischen Aktivistin Tarana Burke geprägt. Der Aufschrei in Deutschland und vergleichbare Aktionen in den USA haben sicher Vorarbeit geleistet. Dadurch wurde in den vergangenen Jahren ein gesellschaftliches Problembewusstsein geschaffen. Ohne dieses wäre MeToo vielleicht nicht so breit debattiert worden. Allerdings muss man eben auch die skandalisierende und oft personalisierende Medienlogik berücksichtigen, das sehe ich auch kritisch. Weil dadurch oft Personen im Vordergrund stehen, während die Kritik an einem System untergeht.

MeToo habe den «Mythos der Gleichstellung» dekonstruiert, sagst du. Wie ist das gemeint?

Ich bin mit diesem Mythos aufgewachsen: Mir wurde gesagt, dass die Gleichstellung erreicht sei, dass die Generation unserer Mütter die gesetzliche Gleichstellung für uns erkämpft hat und somit alles «gut» sei. Dass das ein Irrtum ist, habe ich erst realisiert, als ich während meines Studiums Mutter geworden bin.

Nur weil wir Bundeskanzlerinnen haben oder Frauen in Chefpositionen, bedeutet das noch lange nicht, dass Macht, Einfluss und Ressourcen von einigen Frauen sich automatisch von oben nach unten verteilen. «Trickle down» ist ein neoliberaler Mythos. Wenn ein paar Frauen obenauf schwimmen, bedeutet das für einen grossen Teil der Frauen noch lange keine Veränderung. Seit Jahrzehnten warten und hoffen wir auf Trickle-Down, aber es passiert nicht. Wohlstand und Macht sickern *nicht* von alleine nach unten, eher das Gegenteil ist der Fall: Sie verteilen sich auf immer weniger Menschen. Meist auf jene, die bereits privilegiert sind. Der Mythos aber wird weiterhin geschürt, Trickle-Down-Ideen sind das Schmiermittel der Fortschrittsideologie, sie sind der hingehaltene kleine Finger, der uns in einen täuschenden Zustand der guten Hoffnung versetzt. Und insbesondere Frauen den Mut raubt, fortbestehende Diskriminierung zu *sehen* und zu kritisieren.

Ich bin 1984 geboren und mit ähnlichen «Parolen» aufgewachsen. Mit 20 habe ich mich noch nicht als Feministin bezeichnet und mit dieser Biografie bin ich definitiv nicht allein. Als ich schliesslich zum Feminismus kam, hatte ich einiges an Literatur und Wissen aufzuholen.

Wir wissen, dass das feministische Bewusstsein immer wieder verloren geht, ausgelöscht wird. Die Sache mit dem Aufholen ist nicht dein persönliches Problem – das feministische Wissen ist schlicht nicht kanonisiert: Es ist nicht im Lehrplan, es ist nicht im Kanon von Literaturhäusern, von Theatern und allgemein der Kulturindustrie. Jede Generation muss wieder von vorne anfangen und sich das Wissen mühsam erarbeiten. Ich habe in der Schule beispielsweise nichts gelernt über den Kampf für das Frauenstimmrecht.

Unsere Geschichtsschreibung behauptet ja, dass die Schweiz eine der ältesten Demokratien ist. Dabei war die Schweiz genaugenommen bis in die 70er-Jahre keine Demokratie. Das muss man sich einmal vor Augen führen: Man hat die Hälfte der Bevölkerung bis vor wenigen Jahrzehnten von jeglicher Mitbestimmung ausgeschlossen. Kein Wunder, leben wir in einem derart, gerade was Geschlechtergerechtigkeit betrifft, konservativen Land! Wichtige politische Kämpfe und Entscheidungen fanden ohne die Frauen statt. Das beeinflusst dieses Land bis heute.

Die Schweiz ist auch heute noch keine richtige Demokratie. Solange die Migrantinnen und Migranten alles mitbezahlen müssen, aber nichts mitbestimmen dürfen ...

Absolut. Viel zu viele Menschen haben in der Schweiz keine Bürgerrechte. Es wurde und wird ja immer wieder versucht, das zu ändern, aber dieser Kampf ist wahnsinnig hart. Dahinter steckt auch ein gewisses Kalkül, schliesslich wäre die SVP mutmasslich nicht mehr die wählerstärkste Partei, wenn Migrantinnen und Migranten ebenfalls wählen dürften. So gesehen ist die Rechtslastigkeit in unserem Land nicht unbedingt repräsentativ.

Zurück zum Hashtagfeminismus. Diese Bezeichnung wird ja gerne etwas abwertend verwendet. Netzaktivismus sei kein richtiger Aktivismus, wird kritisiert. Im «richtigen Kampf» brauche es mehr als einen Tweet oder ein Like.

Natürlich reichen Hashtags nicht aus. Aber der #Aufschrei beispielsweise war eine Art «Bildungsmoment». Dank ihm wurde Wissen hervorgekramt, das schon immer da war, aber kaum eine Plattform hatte. Hashtagfeminismus ist für mich eine Art Aufklärungsarbeit. Und das Ganze hat auch einen sehr demokratischen Aspekt, weil alle mitmachen können, weil auch innerfeministische Differenzen zum Vorschein kommen, sprich unglaublich viele daran beteiligt sind. Am #Aufschrei gab es u.a. die Kritik, er sei heteronormativ, nicht inklusiv genug, also wurde eine queere Version lanciert. Und es wurde diskutiert, dass sexualisierte Gewalt auch mit Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder Rassismus zusammen gedacht werden muss. Die Deutungshoheit liegt ja beim spontanen Hashtagaktivismus nicht bei irgendeiner Gruppe, Organisation oder Partei. Ein Hashtag kann auch umgedeutet, anders besetzt werden. Und natürlich muss man fragen, ob und was daraus Konkretes entstehen kann.

Ich finde allerdings die Unterscheidung von Worten und konkreten Taten falsch. Das ist alles eng miteinander verwoben: Es gibt keine emanzipatorische Praxis ohne theoretischen Hintergrund, ohne Wissen, ohne Worte – und umgekehrt. Diese Idealisierung von Taten oder plötzlichen revolutionären Umbrüchen ist, wie die Feministin Antje Schrupp einmal schrieb, eine recht «männliche» Idee. Ein Hashtag kann ein Bewusstsein schaffen – und so zum Beispiel dazu führen, dass Menschen später zugunsten von emanzipatorischer Politik abstimmen. Den Vorwurf, dass der Hashtag unkonkret oder nicht praxisorientiert sei, finde ich insofern falsch, als er auf der Vorstellung beruht, es brauche kein kritisches Bewusstsein, um gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Oft geht konkreten Veränderungen ja ein Jahrzehnte langer gesellschaftlicher Bewusstseinswandel voraus.

Früher sind die Frauen auf die Strasse gegangen, heute nutzen sie vielfach das Netz. Haben sich lediglich die Mittel und Ausdrucksformen verändert oder hat sich auch der Feminismus an sich gewandelt?

Gute Frage ... Ich würde sicher das eine nicht gegen das andere ausspielen. Es sind einfach unterschiedliche Möglichkeiten, sich politisch zu artikulieren, und beide haben Vor- und Nachteile. Auf die Strasse zu gehen finde ich nach wie vor wichtig, wir müssen uns den öffentlichen Raum nicht nur im Netz, sondern auch auf der Strasse nehmen. Beim Hashtag bzw. im Internet passieren gewisse Dinge sehr schnell. Das kann toll sein, weil es Tempo in die Debatten bringt und viele Leute erreicht werden, es kann aber auch problematisch sein, weil man im Moment vielleicht weniger nachdenkt und ausdifferenziert. Über die Forderungen an einer Demo oder in einem Manifest macht man sich länger Gedanken.

Was deine Frage angeht, würde ich sagen, dass die Ziele und Forderungen unserer Vorgängerinnen oft konkreter waren als unsere heute. Sie kämpften für das Recht auf Abtreibung, das Recht abzustimmen, für familienrechtliche Veränderungen, für das Recht auf Bildung, ein eigenes Konto und so weiter. Wir haben heute die gesetzliche Gleichstellung und müssen klar machen, dass die *tatsächliche* Gleichstellung trotzdem nicht erreicht ist. Und dass Diskriminierung trotz Gleichstellungsgesetz stattfindet, oft auf diffusen Ebenen, die nicht sofort griffig sind. Wir sind die Generation, die zu spüren bekommt, dass Gesetze allein nichts nützen. Es braucht, auch das steht übrigens in der Verfassung, eine kontinuierliche politische Umsetzung. Die materiellen Bedingungen, unter denen Frauen ihre Rechte überhaupt nutzen können, müssen hergestellt werden.

Auf die Strasse zu gehen finde ich nach wie vor wichtig; wir müssen uns den öffentlichen Raum nicht nur im Netz, sondern auch auf der Strasse nehmen.

Befinden wir uns in einem Kulturkampf?

Die westliche Gesellschaft befindet sich zumindest in einer polarisierten Situation. Es fühlt sich für mich so an, als befänden wir uns historisch an einem Scheideweg: Driften wir in eine reaktionäre Epoche ab, oder gelingt es uns, das Ruder herumzureissen und die emanzipatorischen, demokratischen Kräfte zu stärken? Es gibt ja auch Gründe für eine «Das Glas-ist-halb-voll»-Perspektive, progressive Stimmen sind durchaus laut: Transmenschen fordern ihre Belange ein, Homosexuelle wollen heiraten und Kinder adoptieren dürfen, Frauen wehren sich gegen sexualisierte Übergriffe etc. Vielleicht ist es der Effekt einer tatsächlich pluraler werdenden Gesellschaft, der nun gigantische Gegenreaktionen und Katastrophismus provoziert.

Fest steht: Diesen ominösen «Untergang des Abendlandes», den die Rechte hinaufbeschwört, die «Verweiblichung der Gesellschaft» oder den «Zerfall der Familie» – diesen konservativen Zerfallsdiskurs gab es schon mal in der Weimarer Republik. Mit den Frauen, den Homosexuellen oder den Geflüchteten hat das auch heute wenig zu tun, vielmehr werden Abstiegsängste, reale Arbeitslosigkeit und

Leistungsdruck von rechts instrumentalisiert, um Sündenböcke zu installieren. Die Rechte produziert aus einer ökonomisch prekären Situation, in der es eigentlich auch um Umverteilung gehen müsste, einen Kulturkampf.

Es gab schon früh Feministinnen, die im Grundsatz Kapitalismuskritik übten, heute sehen wir das zum Beispiel bei Laurie Penny. Sie führt die strukturelle Machtungleichheit und die systemischen Probleme zumeist auf den Kapitalismus zurück. Wie schaffen wir es, noch deutlicher aufzuzeigen, dass es beim Feminismus nur bedingt um Geschlechter geht, sondern vielmehr gegen ein System, das uns alle unterdrückt?

Penny führt Geschlechterungleichheit nicht allein auf den Kapitalismus zurück. Sie spricht, wie viele Feministinnen, von einem Wechselverhältnis zwischen Kapitalismus und Misogynie und anderen Herrschaftsverhältnissen. In den Care- und Haushaltsdebatten und in der feministischen Ökonomie werden die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und deren Zusammenhang mit den Geschlechterverhältnissen ja schon recht gut beschrieben.

Die Verbindung von Weiblichkeit mit Fürsorge und Mütterlichkeit, diese kulturellen Zuschreibungen, sind ganz klar verknüpft mit einem ökonomischen Interesse. Die neoliberale Marktwirtschaft hat ein Interesse daran, für die gesellschaftlich notwendige Sorge-Arbeit, für die Umsorgung der Schwachen, Kranken, Alten und Kinder nicht aufzukommen. Das würde das Bruttoinlandprodukt erheblich schmälern. Es ist profitabel, wenn Frauen die Überzeugung eingeimpft wird: Ich mache Hausarbeit aus Liebe und deshalb gratis, weil es meine Aufgabe ist, weil es meinen Genen entspricht. Auch die Kritik an sexualisierter Gewalt, am ausbeutbaren weiblichen Körper, müsste meiner Meinung nach noch stärker kapitalismuskritisch geprägt sein. Die Rolle der Frauen ist die Übernahme von Gratisarbeit. Das ist ein entscheidender Aspekt ihrer Zweitrangigkeit, und mithin der Vorstellung, dass man sich den Körper von Frauen auch sexuell nehmen kann. Es wäre wichtig, dass dieser kapitalismuskritische Diskurs ebenfalls in die Mainstreammedien schwappt – was vielleicht einfacher wäre, gäbe es mehr Chefredaktorinnen.

Vielleicht braucht es auch von feministischer Seite etwas mehr Populismus. Oder anders gefragt: Haben wir zu viel Angst, uns auch mal die Finger dreckig zu machen?

Absolut. Vor allem hier in der Schweiz. Viele Frauen sind so unglaublich angepasst und harmonisierend, das ist ja auch die Rolle, die ihnen zugeschrieben wird. Sie sollen Harmonie stiften und die Trümmer wegräumen. Das macht sie oft zu Komplizinnen ungerechter Verhältnisse. Im Zuge von Me-Too haben Frauen diese Rolle gerade ein Stück weit aufgekündigt. Sie scheinen bereit dafür, «Spielverderberinnen» zu sein, ihre Wut zu artikulieren und den Konflikt einzugehen. In jedem gesellschaftlichen Bereich wird mit harten Bandagen gekämpft – warum nicht auch in Sachen Feminismus?

Weil es Kraft braucht? Kürzlich haben «Weltwoche» und «BaZ» eine scharfe Kampagne gegen dich lanciert aufgrund eines alten Blogtexts von dir. Tagelang sind sie auf einigen wenigen Sätzen herumgeritten und haben sogar die Uni Basel dazu gebracht, ein Statement zu deiner Lehrtätigkeit abzugeben. Das geht an die Substanz. Woher nimmst du die Kraft, weiter lästig zu bleiben?

Haha, keine Ahnung. Meine feministische Community gibt mir sehr viel Kraft. Ohne dieses Polster wäre es schwer. Dieser Shitstorm im November war schrecklich – aber er hat mir auch gezeigt, dass ich tolle Leute um mich herum habe, überhaupt wie viel emanzipatorische Kräfte es in der Schweiz gibt! Auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Das macht Mut. Es gibt so viele tolle Projekte und Menschen. Wir müssen unbedingt viele Bündnisse eingehen, nur so sind wir stark.

Wenn wir gerade bei der Vernetzung sind: Feminismus anno 2018 ist intersektionell, es kann nicht nur um Geschlecht gehen, auch Migration, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Transgender, Armut, Behinderung usw. müssen im Feminismus eine Rolle spielen. Was hältst du von der (oft männlichen) Forderung, dass sich die «westlichen Schönwetter-Feministinnen» gefälligst öffentlich für ihre «Schwestern» im Iran stark machen sollen, die momentan gegen die Kopftuchpflicht rebellieren?

Die Frauen im Iran leisten einen unglaublich mutigen Kampf und gefährden ihr Leben. Ich bin zu 100 Prozent solidarisch mit Kämpfen gegen Zwangsverschleierung. Genauso wie ich solidarisch bin mit Frauen, die sich verschleiern wollen und dafür kämpfen, keine Diskriminierung aufgrund ihrer Religiosität zu erfahren. Das schliesst sich ja nicht aus. Aber frau kann nicht überall gleichzeitig sein. Und die Forderung, «westliche» Feministinnen – was auch immer das sein soll; es ist in einer pluralen Gesellschaft eine höchst problematische Kategorie – sollten sich gefälligst für «die wirklich unterdrückten Frauen im Islam» und gegen das Kopftuch einsetzen, ist oft perfid. Das sind meist von Rechts formulierte Strategien, die darauf abzielen, Feminismus zu delegitimieren, im Sinne von: Ihr dürft nur dann etwas fordern, wenn ihr dieses und jenes tut. Mit dem Legitim-Werden des Feminismus in der Gesellschaft kommt auch die Anspruchshaltung, dass er perfekt sein soll. Wir müssten uns zu allen Positionen und Bereichen hunderttausend Gedanken gemacht haben und genau wissen, wie wir uns etwa zur Genitalverstümmelung oder dem Kopftuch positionieren.

Viele Leute meinen derzeit, definieren zu müssen, was jetzt der «echte» oder der «gute» Feminismus ist. Wichtig ist, dass wir uns als Feministinnen – wie in jeder anderen politischen Artikulation auch – immer wieder hinterfragen und unsere Positionen anpassen. Das heisst aber nicht, dass wir zu allem immer eine ausdifferenzierte Meinung haben und diese auch kundtun müssen.

Und wenn wir für die Frauen im Iran klar Position beziehen würden, hiesse es von Rechts vermutlich nur wieder, dass wir unsere Nasen in Dinge stecken, die uns nichts angehen ...

Genau, das ist ein wichtiger Punkt: Es ist sowieso egal, was wir tun, denn es ist immer falsch.

Franziska Schutzbach, 1978, ist Geschlechterforscherin und Soziologin (Lehre und Forschung an der Universität Basel und TU Berlin), freie Publizistin und Bloggerin, feministische Aktivistin und Mutter von zwei Kindern. Sie ist Mitherausgeberin des Onlinemagazins «Geschichte der Gegenwart» und im Vorstand von Terre des Femmes Schweiz.

Internationaler Frauentag in St.Gallen: 8. März

Frauenbar am Bärinnenplatz: 17 bis 18 Uhr

Buffet, Disco und Diskussionen über «Feminismus heute – Hashtagfeminismus? Versuch einer Bilanz» mit Franziska Schutzbach und «Feminismus praktisch – von der Arbeit in einer feministischen Redaktion» mit Helena Rust: ab 18:30 Uhr, Raum für Literatur, Hauptpost St.Gallen

hauptpost.ch

«Sich selber zu sein, ist definitiv günstiger»

Wünschen Sie sich manchmal Sex mit Gemüse? Wie würde eine Welt aussehen, in der Menschlichkeit vor dem Geschlecht kommt? Kann eine Feminist*in sich so kleiden, dass sie einem Mann* gefällt, ohne dass dies ihrer Überzeugung widerspricht?

Diese und 30 weitere Fragen wurden am 15. Februar an der Schalterstunde des «temporären Amtes für die performative Exploration von Geschlechterdevianzen» beantwortet. Auf dem Programm standen die vier Kategorien Sexualität, Geschlechteridentitäten, Sexismus im Alltag und Kapitalismuskritik, dazu eingeladen hatte das queerfeministische Kollektiv «Die Leiden der jungen Bertha».

Es ging sehr bürokratisch zu und her. Wartezimmer. Man musste Nummern ziehen. Anstehen. Zuhören. Dem Ablauf folgen. Irgendwo tippte jemand auf der Schreibmaschine. Der Weg vom Ist- zum Soll-Zustand ist nun mal lang und nicht immer spassig ... Zur lustvollen Kontemplation und für alle, die den Abend verpasst haben, hier nochmal eine Auswahl von zehn Fragen samt den (selbstverständlich anonymen) Antworten aus dem Publikum:

Frage Nr. 392: Wünschen Sie sich manchmal Sex mit Gemüse?

Antwort: «Darüber habe ich mir bis anhin noch keine Gedanken gemacht. Hört sich interessant an, vielleicht probiere ich es demnächst aus. Jedoch nur, wenn das Gemüse nicht frisch aus dem Kühlschrank kommt.»

Frage Nr. 414: Welche Farbe sollte/könnte Menstruationsblut haben? Wie riecht Menstruationsblut?

Antwort: «Blau. Nach Eisen und Glück.»

Frage Nr. 402: Welche Rollenklischees haben sich in den letzten 50 Jahren verändert, welche haben sich verhärtet und welche werden sich in Zukunft entwickeln?

Antwort: «Mutter sein, Vater sein. Mutter sein, Vater sein. Mutter sein, Vater sein.»

Frage Nr. 390: Inwiefern ist Monogamie anständig, Polygamie befreiend und umgekehrt?

Antwort: «Es ist doch eigentlich wundervoll, wenn man sich für seinen Partner freuen kann, wenn er eine gute Zeit verbringt. In der Polygamie kann man sich sexuell ausleben, wie man möchte und das ist etwas Schönes, dass man sich nicht selber in einen Käfig schliesst. Auf der anderen Seite ist Eifersucht immer ein Thema und ein negatives Gefühl, das sich durch Monogamie vermeiden lässt.»

Frage Nr. 423: Wie würden Sie Vorgesetzte oder Arbeitskolleg*innen auf sexistische Kommentare aufmerksam machen?

Antwort: «Mit einem sehr, sehr, sehr kritischen Blick und der Frage, ob er/sie sich überhaupt bewusst ist, was er/sie da gerade von sich gegeben hat. Was dann zu einer aufbrausenden Diskussion führt.»

Frage Nr. 412: Kann eine Feminist*in sich so kleiden, dass sie einem Mann* gefällt, ohne dass dies ihrer Überzeugung widerspricht?

Antwort: «Es ist mir egal, ob ich einem Mann gefalle.»

Frage Nr. 417: Sollten wir Frauenquoten bewusst entstehen lassen/erzwingen/erschaffen? Im Verwaltungsrat, im Vorstand, auf dem Openair-Lineup?

Antwort: «Frauenquoten sind kein Garant gegen Sexismus & Unterdrückung; mächtige Frauen sind genauso wie mächtige Männer Teil des Unterdrückungssystems. Nur die Abkehr von einer Gesellschaft, in der Macht eine Rolle spielt, bringt Freiheit & Gleichheit für alle.»

Frage Nr. 397: Würden Sie vor Ihrem/Ihrer Partner*in kacken gehen?

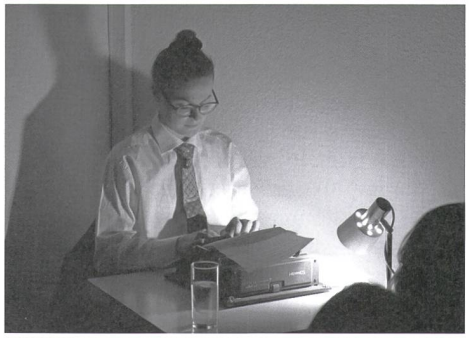
Antwort: «Ja, ich kacke vor meinem Partner. Spätestens seit dem gemeinsamen (interkontinentalen) Reisen ist das nicht zu umgehen.»

Frage Nr. 420: Inwiefern stützt sich unser Wirtschaftssystem auf die vermarktete Schönheit der Frau* und/oder des Mannes*?

Antwort: «Frauen geben ein Vielfaches an Geld für ihre vermeintliche Schönheit aus. Sich selber zu sein, ist definitiv günstiger.»

Frage Nr. 400: Inwiefern gibt die Biologie Rollenbilder vor?

Antwort: «Warum sollte die Biologie Rollenbilder vorgeben? Die Gesellschaft tut das doch ...»



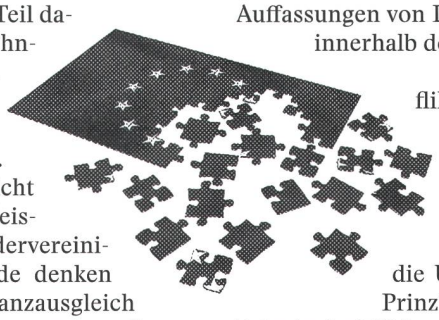
Bilder: Andri Bösch
Facebook: Die Leiden der jungen Bertha

Eine Serie zum Zustand von Europa – drei Zerreissproben stehen im Zentrum. Teil 2: politische Kultur und Demokratieverständnis.

TEXT: SIMON GRAF

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Sie ist ein Wirtschaftsprojekt. Vor allem aber ist sie ein politisches Projekt. Anders als in der Schweiz beispielsweise, die ebenfalls föderalistisch aufgebaut ist mit einer multinationalen – im Sinne einer multikulturellen, multiethnischen und multilingualen – Bevölkerung, wurde das institutionelle Rahmengebilde der Union nicht mit Zwang durchgesetzt. Zur Erinnerung: Die Schaffung des Schweizer Bundesstaates von 1848 war erst mit der Kapitulation der Zentralschweizer Kantone im Sonderbundskrieg möglich. In der EU spiegelt sich dies heute in der Organisationsstruktur wider: Alle institutionellen Aspekte der EU sind geprägt von politischen Kompromissen.

Am deutlichsten zu sehen ist das im Euro: Eine einheitliche Währung soll eigentlich nur eingeführt werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen eines «Optimalen Währungsraums» (Optimum Currency Area – OCA) erfüllt sind. Teil davon sind einheitliche Konjunkturzyklen und ähnlich hohe Inflationsraten. Von beidem war und ist der Euro-Raum weit entfernt, obschon mit diversen Mechanismen versucht wurde, insbesondere die Teuerungsraten anzugleichen. Letztlich jedoch wurde der Euro eingeführt, nicht weil ökonomisch sinnvoll, sondern als Gegenleistung für das Akzeptieren der deutschen Wiedervereinigung durch Frankreich. Konsequent zu Ende denken wollte man das Projekt aber nicht: Ein Finanzausgleich oder eine gemeinsame Finanzpolitik, die den strukturellen wirtschaftlichen Unterschieden hätten entgegenwirken können, waren politisch nicht umsetzbar. Die Eurokrise war eine logische Konsequenz dieser systemischen Fehler.



Unverhältnismässige Zugeständnisse

Die Kompromisse zeigen sich nicht nur in der Währung. Auch die organisatorische Struktur der Union lässt erkennen, dass die Interessen von verschiedensten Akteuren berücksichtigt werden mussten und dass man nicht wirklich gewillt war, die nationale Entscheidungsmacht an die EU abzutreten. Entsprechend setzen verschiedene Abstimmungen bis heute Einstimmigkeit voraus. Die Folgen sind fatal: Da die betroffenen Länder jeweils ihr Veto einlegten, konnten zum Beispiel die exzessiven Staatsausgaben der südlichen Euro-Länder nicht sanktioniert werden, obwohl sie klar gegen die 3-Prozent-Defizit-Regel der EU verstiessen und letztlich ein Mitgrund für die Eurokrise waren. Fun Fact am Rande: Das erste Land, das sein Veto gegen eine Sanktionierung seiner zu hohen Staatsausgaben einlegte, war Musterschüler Deutschland.

Zwar wurden mit dem Vertrag von Lissabon die Fälle verringert, die Einstimmigkeit im Europäischen Rat benötigen, auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht heute kein Vetorecht mehr vor, die Grundproblematik bleibt jedoch in verschiedenen Politikbereichen bestehen. Diese Abstimmungen haben, falls es zu einem Veto kommt, drei spezifische Konsequenzen: Erstens verhindern sie eine Entwicklung der Europäischen Union in eine von einer breiten Mehrheit getragene Richtung. Zweitens gibt dies einzelnen Ländern die Möglichkeit, den Rest der Gemeinschaft zu erpressen. Die Vetomacht kommt einer hauchdünnen Mehrheitsregierung gleich, in der unverhältnismässige Zugeständnisse an einzelne Interessen gemacht werden müssen, zum Leidwesen der Mehrheit. Drittens offenbaren diese Abstimmungen auch die tiefen Gräben innerhalb der EU. Dies bietet jenen Politikern eine Plattform, die sich als grosse Kämpfer für ihre Staaten inszenieren wollen, jedoch nicht wirklich lösungsorientiert politisieren. Zum anderen schwächt es die Verhandlungsposition der EU, indem es ein geeintes Auftreten unglaubwürdig macht. Verhandlungspartner wie die USA oder China nutzen diese internen Divergenzen gezielt aus. Und in einigen Fällen wird schlicht gezeigt, wie unterschiedlich die Auffassungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität innerhalb der EU sind.

Deutlich wurde dieser schwelende Wertekonflikt zuletzt vor einigen Monaten. In der Kontroverse um die umstrittene Justizreform in Polen sucht die EU nun bereits seit über zwei Jahren den Dialog mit der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), stösst jedoch auf taube Ohren. Streitthema ist die Unabhängigkeit der Justiz, welche als Teil des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit ein fundamentales Prinzip der EU darstellt. Staatsrechtler sehen dieses seit dem Wahlsieg der PiS 2015 gefährdet, als Jarosław Kaczyński als erstes den Einfluss der neuen Regierung auf die Rechtsprechung des polnischen Verfassungsgerichts ausweitete. Letzten Sommer verabschiedete Polens Parlament zwei Gesetze, die es dem Parlament erlauben, die Zusammensetzung des obersten Gerichtshofes zu beeinflussen und jene des Landesjustizrates, der die Kandidaten für Richterposten vorschlägt, zu bestimmen. Angesichts der Parlamentsmehrheit der PiS sind die Vorbehalte der EU verständlich.

Die EU erwägte daraufhin, Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union anzuwenden. Er gilt als letzter und schwerwiegendster Schritt in der europäischen Diplomatie und sieht den Entzug von Rechten, inklusive des Stimmrechts eines Mitgliedstaats vor. Natürlich ist dies eine jener Entscheidungen, die Einstimmigkeit verlangen (wobei hier immerhin die Stimme des beschuldigten Staates nicht berücksichtigt wird). Der ungarische Premierminister Viktor Orbán, selber nicht für einen allzu vorsichtigen Umgang mit Gewaltentrennung bekannt, sagte jedoch den polnischen Freunden schnell sein Veto zu und düpierte so die EU in aller Öffentlichkeit.

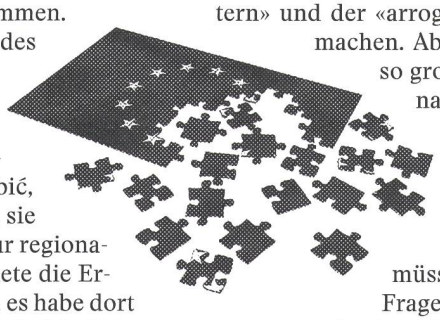
Silhouetten des Vorhangs

Bereits in ihren Anfängen hatte die EU mit verschiedenen Interessen zu kämpfen. So hatten Deutschland und Frankreich bei der Schaffung des Euro gänzlich unterschiedliche Vorstellungen davon,

wie sich diese neue Währung gestalten sollte, zum Beispiel bei den Inflationszielen. Seit einigen Jahren jedoch sind in der EU scheinbar fundamental unterschiedliche Auffassungen über die Grundsätze der Union vorhanden. Der sorglose Umgang mit der Gewaltentrennung in einigen osteuropäischen Staaten ist nur ein Beispiel. Gerade während der sogenannten Flüchtlingskrise wurde erkennbar, dass Solidarität, nach Meinung der Slowakei oder Ungarns, nur eine Richtung kennt.

Die Schaffung eines europäischen Verteilschlüssels für Asylsuchende war 2015 höchst umstritten und wurde schliesslich per Mehrheitsentscheid verabschiedet. Gegen eine Quote gestimmt hatten damals Rumänien, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Letztere zwei reichten Klage beim Europäischen Gerichtshof ein, die nach dem Wahlsieg der PiS auch von Polen unterstützt wurde. Der EUGH wies sie letztes Jahr ab. Nach Ansicht der Kläger hätte solch eine Entscheidung Einstimmigkeit verlangt. Den Beschluss wollen einige trotzdem nicht umsetzen. Der Schlüssel, der die Bevölkerungszahl, aber vor allem auch wirtschaftliche Faktoren der Mitgliedsländer in Betracht zog, sah vor, über 100'000 Geflüchtete von Griechenland und Italien in die restlichen EU-Staaten umzuverteilen. Ein Grossteil von ihnen, 26 Prozent, entfielen auf Deutschland. Tschechien, der EU-Staat mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der gesamten Union (2,3 Prozent im Dezember 2017), weigerte sich vergangenes Jahr, sein Kontingent von 2679 Personen zu erfüllen. Lieber würden sie die fällige Strafzahlung an die EU entrichten, sagte der damalige Innenminister Milan Chovanec gegenüber der Zeitung «Pravo». Zu dem Zeitpunkt hatte Tschechien 12 (zwölf!) Flüchtlinge aus dem Programm aufgenommen.

Die Grenzen zeichnen sich auf der Linie des ehemaligen Eisernen Vorhangs ab. Jenseits davon scheinen auch internationale Institutionen und Gerichte ein deutlich tieferes Ansehen zu geniessen als in Westeuropa. In einem Interview mit dem «Economist Radio» sagte Ana Brnabić, Premierministerin des EU-Kandidaten Serbien, sie glaube nicht daran, dass die Haager Tribunale zur regionalen Versöhnung beitragen. Mehr noch: Sie leugnete die Ermordung von Frauen und Kindern in Srebrenica, es habe dort kein Genozid stattgefunden. Man muss sich hierbei in Erinnerung rufen, dass Brnabić in Serbien als relativ liberal gilt.



Leidenswege und Lernprozesse

Woher diese Unterschiede kommen, lässt sich nicht abschliessend feststellen. Zwei Erklärungen scheinen plausibel. Zum einen sind die Demokratien in den Staaten des ehemaligen Ostblocks noch sehr jung. Die kommunistischen Regimes hinterliessen ihre Spuren nicht nur in den Bildungssystemen und der Wirtschaft, sondern auch in der politischen Kultur. Es braucht Zeit, Demokratie zu erlernen. In zahlreichen Ländern Westeuropas sind die ersten Versuche damit kläglich gescheitert. Dass Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz vielleicht nicht für Empörung in der Bevölkerung sorgen, kann so teilweise nachvollzogen werden.

Man muss sich aber auch in der EU die Frage gefallen lassen, ob die rasche Eingliederung der neuen Länder wirklich der richtige Ansatz war. Dafür sprachen damals vor allem zwei Überlegungen: Einerseits waren geopolitische Interessen mitverantwortlich für das angeschlagene Tempo. Möglichst schnell wollte man Zentraleuropa der Einflusssphäre Russlands entziehen, stabile Demokratien etablieren und den eigenen politischen Einfluss sicherstellen. Diese Entwicklung wurde auch von den USA unterstützt und ging Hand in Hand mit der Erweiterung der NATO, die bereits 1999 Tschechien, Polen und Ungarn aufnahm. 2004 folgten Bulgarien, Slowenien, Rumänien, die Slowakei und die Staaten des Baltikums. Andererseits war man auch davon überzeugt, dass nur eine rasche Angliederung die Volkswirtschaften der neuen Staaten mittel- und längerfristig konkurrenzfähig erhalten konnten. Denn eine positive wirtschaftliche Entwicklung unterstützt Demokratisierungsprozesse, und Handelsbeziehungen gewährleisten Frieden.

Das hatte auch kurzfristige Auswirkungen auf die Wirtschaft. Den technologischen Rückstand bekam man nach der Öffnung in Form von Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit deutlich zu spüren. Die alten EU-Staaten waren hier auch nicht besonders entgegenkommend: Man war nicht willens, den neuen Staaten im Agrarmarkt die gleichen Konditionen einzuräumen wie den heimischen Produzenten. Die Subventionen im Agrarbereich sind EU-weit erst seit 2012 auf dem gleichen Niveau. Mit den tieferen Lohnniveaus wäre man hier in Osteuropa sicher konkurrenzfähig gewesen und hätte so die kurzfristigen negativen Auswirkungen der Marktöffnung etwas abfedern können.

Dass es heute die wirtschaftlich erfolgreicheren Staaten Osteuropas sind, die sich in der sogenannten Visegrád-Gruppe, bestehend aus Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, am lautesten gegen die EU zur Wehr setzen, lässt vermuten, dass nicht nur ökonomische Faktoren zu dieser Entwicklung führten. Ebenfalls eine Rolle wird das Gefühl eines neuerlichen Souveränitätsverlustes gespielt haben. Dies hat möglicherweise negative Erinnerungen an das Leben unter sowjetischem Einfluss hervorgerufen, und umso stärker wird heute die nationale Souveränität gegen die EU verteidigt. Man kennt das auch in der Schweiz, mit «fremden Richtern» und der «arroganten Brüsseler Elite» lässt sich gut Politik machen. Aber gewisse Entscheidungen innerhalb eines so grossen Marktes müssen nun mal auf der internationalen Ebene geregelt werden. Und natürlich werden einzelne Mitglieder mit einzelnen Regelungen nicht einverstanden sein – wie es in jedem demokratischen Prozess der Fall ist.

Was also hätte man anders machen müssen oder können? Es ist nicht klar, ob diese Frage überhaupt beantwortet werden kann, und wenn es der Autor könnte, hätte er wohl einen anderen Job. Eine denkbare Option wäre eine Art EU light gewesen, eine Art Kandidatenstatus, der bereits gewisse Vorzüge mitbringt, der einzelne EU-Richtlinien unverbindlich voneinander umsetzen lässt, der aber nicht so schnell, so tief in die Politik und die Wirtschaft eingreift. Am Falle der Türkei zeigt sich andrerseits, dass ein jahrelanger Kandidatenstatus nicht zwingend zu der gewünschten Entwicklung führt.

Ob sich die Entwicklungen in diesen Ländern nun verhindern liesse oder nicht: Wichtig scheint eine offene und ehrliche Kommunikation und ein Mitspracherecht des Volkes. Man muss seitens der EU Vor- und Nachteile einer Mitgliedschaft klar benennen und die Bevölkerung von zukünftigen Mitgliedern zu dieser befragen. Nur so lässt sich verhindern, falls überhaupt, dass man in Zukunft die Fehler bei andern suchen kann, seien dies die EU oder die vorhergehenden Regierungen. Und man muss sich fragen, ob sich die laxen Aufnahmekriterien zugunsten der Durchsetzung geopolitischer Interessen wirklich lohnen – ob sich derart kurzfristiges Denken jemals gelohnt hat.

Simon Graf, 1991, hat in Zürich und Amsterdam Politikwissenschaften studiert und macht derzeit eine Kurz-Stage bei SRF Wirtschaft. Im Februar thematisierte er an dieser Stelle die Erfolge von populistischen Strömungen in europäischen Staaten. In der April-Ausgabe steht die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb von Europa im Fokus.

MILITÄRKANTINE
st.gallen

03) Der Brunch des Monats

Brunch, *Mahlzeit*, die aus Komponenten des Frühstücks und des Mittagessens besteht. Brunch ist ein *Kofferwort*, stammt aus dem Englischen und setzt sich aus *Breakfast* und *Lunch* zusammen. Ein Brunch beginnt häufig am Vormittag und wird oft bis in den frühen Nachmittag ausgedehnt. In der Militärkantine ist nicht nur der Brunch ein Genuss, sondern auch das Ausdehnen an sich.

365 Tage offen — **Militärkantine St.Gallen** — Täglich Brunch, am Wochenende bis 15 Uhr.

Frühling '18

Renato Kaiser
Kabarett

Sa, 17. März
20.30 Uhr

Tanz in den Mai
Disco

Mo, 30. April
21 Uhr

Peter Shub
Comedy

Sa, 05. Mai
20.30 Uhr

löwen arena sommeri

Hauptstr. 23, CH-8580 Sommeri
www.loewenarena.ch
Vorverkauf 071 411 30 40

CINESTAGE
Kultur im Kino

Kultur im Kino Cinewil. Nächster Anlass: 26. Februar 2018. Weiteres Programm: www.cinewil.ch/events